Schwedisches Gericht gegen Endlager

NukeNews Die Entscheidung des schwedischen Umweltgerichts vom 23. Januar 2018 gegen die Umsetzung des KBS-Modells für ein Endlager für hochradioaktiven Müll in Schweden ist nun auch auf Englisch verfügbar. Obwohl dies nicht die finale Entscheidung ist, war sie ein großer Rückschlag für die Atomindustrie. Der Fall ist interessant, weil dasselbe Modell, nur mit noch reduzierteren Sicherheitseigenschaften, im finnischen Onkalo-Projekt, dem Endlager für hochradioaktiven Müll bei den Olkiluoto-Atomreaktoren, angewendet wird. Und obwohl die bedeutende Entscheidung des Gerichts in Schweden, wo das Modell entwickelt wurde, fehlende Sicherheitsaspekte hervorhebt, scheinen weder die finnischen Behörden noch die Betreiber die Technologie überdenken zu wollen. Stattdessen verbreiten sie stolz, Onkalo werde das "erste Endlager (für hochradioaktiven Müll) der Welt"...

http://www.nonuclear.se/files/mmd20180123summary-statement-case-m1333-11spent-fuel.pdf

- ANZEIGE -

Einrichtungen vor der Öffentlichkeit geheim zu halten. Zwanzig US-Atombomben sind in Kleine-Brogel stationiert, unter dem Befehl des obersten Befehlshabers der US-Armee: Präsident Trump.

Atomenergie ist teuer für Haushalte

Da die zwei Firmen Engie Electrabel[3] (Tochterfirma des französischen Engie-Konzerns, zuvor unter „Gaz de France“ und „GDF Suez“ bekannt)[4] und EDF Luminus[5] (EDF ist ein anderer französischer Konzern, dem über dieses Tochterunternehmen 10 % der belgischen AKW gehören) ALLE belgischen Atomkraftwerke besitzen und weil diese die Hälfte des belgischen Stroms produzieren, können die beiden Unternehmen den Strompreis bestimmen, ohne dass die Konkurrenz sie daran hindern kann. Der Strompreis für private Haushalte ist sehr hoch, wohingegen die Großindustrie von einem niedrigen Tarif profitiert, um zu verhindern, dass Konkurrenten auf den Markt kommen. Der freie Markt funktioniert in der Praxis nicht.

Atomkraft bedroht unsere demokratischen Rechte

Engie Electrabel hat eine so große finanzielle Macht und einen so starken Einfluss auf den Strom-Markt, dass das Unternehmen vom Parlament schon verabschiedete Gesetze ignorieren kann oder sogar die Gestaltung von Gesetzen so beeinflussen kann, dass diese ihren Interessen entsprechen. So schreibt das Gesetz aus dem Jahr 2003 den Ausstieg aus der Atomkraft dahingehend vor, dass die Atom-Reaktoren nach 40 Betriebsjahren stillgelegt werden müssen. Und dann wurde die Laufzeit der drei Reaktoren, die diese 40 Jahre erreicht haben, auf einmal um zehn Jahre verlängert! Es wurde ein Sondergesetz verabschiedet, um das durch den Staat getragene nukleare Risiko festzuschreiben (Pariser Konvention 1960, belgisches Gesetz 1964–85). Die Bundesagentur für Kernsicherung ist nicht in der Lage, notwendige Kontrollen in den AKW durchzuführen. Und selbst eine Menschenkette von 50.000 Menschen zwischen Tihange und Aix (Juni 2017), sowie eine Petition von 500.000 Unterschriften (übergeben Juli 2018) haben auf unsere Behörden bisher keine Auswirkungen gehabt.

Grafik: Andy Wolff

Atomkraft ist schlecht für die Gesundheit

In jeder Phase der Erzeugung von Atomstrom, bei jedem Schritt des „nuklearen Verarbeitungszyklusses“ kann die Gesundheit von Mensch und Tier langfristig beeinträchtigt werden. Dabei handelt es sich vor allem um Krebserkrankungen wie Schilddrüsenkrebs oder Leukämie, aber auch um andere Krankheiten und genetische Probleme wie angeborene Fehlbildungen; selbst bei minimalen Dosen, aber langer Strahlungsexposition.

Atomkraft ist zu „langsam“

Der Bau neuer Reaktoren – die weniger gefährlich als die aktuellen Modelle wären – ist deutlich zu langsam, um die Klimaherausforderung zu bewältigen, wenn die bestehenden Reaktoren endgültig im Jahr 2025 abgeschaltet werden würden. Das geplante EPR-AKW Flamanville in Frankreich, dessen Inbetriebnahme im Jahr 2011 für den Preis von 2,5 Milliarden Euro erwartet wurde, soll nun 2020 – und jetzt zu ei-